

Herrn
Dr. Klaus Schüler
Bundesgeschäftsführer der CDU
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Berlin, den 20. März 2017

Mit der CDU zu einer vernünftigen Energiepolitik

Sehr geehrter Herr Dr. Schüler,

dem Christdemokraten Ludwig Erhard ist es zu verdanken, dass „Wohlstand für Alle“ für breite Schichten der deutschen Bevölkerung erlebbar wurde. Die CDU/CSU steht für das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. 1957 schrieb Erhard Sätze, die nichts an Aktualität eingebüßt haben:

„Das erfolgsversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im Besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zu Gute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen. Über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten.“

In der Energiepolitik werden diese Grundsätze immer krasser verletzt. Die Wissenschaft weist seit Jahren darauf hin, dass die auf 20 Jahre gewährten Preis- und Absatzgarantien für „Ökostrom“ erhebliche ökonomische Verwerfungen, aber zunehmend auch technische Probleme und ökologische Schäden hervorrufen. Die seitens des Geschäftsführers des CDU-Wirtschaftsrats geäußerte Befürchtung

„Rote, grüne und dunkelrote Kräfte in den Landesregierungen träumen von einem regionalen Wettbewerb um die Frage, auf welchem Weinberg und welchem Schwarzwaldhügel der beste Windradstandort ist. Wenn sich das durchsetzt, sehe ich angesichts der ausufernden Kosten schwarz für unser Industrieland.“

hat sich voll bewahrheitet, die rot-grün-dunkelroten Träume sind Realität. Der durch das EEG angeheizte **Subventionswettlauf** zu Lasten der Allgemeinheit und der Natur ist in vollem Gange. Um Platz für immer mehr Windkraftanlagen zu schaffen - der vom Bundesgesetzgeber definierte Ausbaukorridor wird regelmäßig erheblich überschritten - werden Wälder gerodet, Naturräume in Industriezonen verwandelt und ganze Arten in Existenznot gebracht. Gleichzeitig steigen die Stromkosten systembedingt und zwangsläufig immer weiter an. Im ländlichen Raum (dem größten Reservoir der CDU/CSU-Wählerschaft!), werden Menschen durch Wertverlust ihrer Häuser entschädigungslos enteignet - Lebensentwürfe werden zerstört.

Dabei verursacht der Zubau an Windkraft- und Solarkapazitäten unübersehbare **technische und wirtschaftliche Verwerfungen**. Kernproblem ist die Volatilität, die einen Anstieg der zufälligen Leistungsschwankungen und -spitzen bewirkt. Mit der Folge, dass teuer subventionierter Strom im Ausland verklappt werden muss, wir jedoch trotzdem auf konventionelle Kraftwerke bzw. den Import von Kohle- und Atomstrom angewiesen bleiben. Vor dem Hintergrund, dass unsere Nachbarn sich auf unsere Kosten mit Stromsperrern gegen deutsche Stromspitzen schützen, ist der weitere Ausbau der Kapazitäten geradezu grotesk!

Während Betreiber von EEG-geförderten Anlagen weiterhin auf 20 Jahre fixierte Vergütungen bekommen, nimmt der **Unmut in der Bevölkerung** zu:

Schäden an Flora, Fauna und Landschaft sowie Einbußen an Lebensqualität rufen bundesweit bürgerschaftliches Engagement hervor, das sich gegen die ökologischen Flurschäden einer als unvernünftig erkannten Politik zur Wehr setzt.


Als Vertreter jener in starkem Wachstum befindlichen gesellschaftlichen Gruppe - unser gemeinnütziger Verein umfasst ein [bundesweites Netzwerk](#) aus aktuell rund **650 windkraftkritischen Bürgerinitiativen** und zehn Landesverbänden - bitten wir Sie, folgende Punkte in Ihrem Wahlprogramm zu berücksichtigen:

1. Das EEG gehört abgeschafft. Die Abnahme- und Preisgarantie für „erneuerbar“ produzierten Strom ist Wurzel aller aktuellen und künftig immer gravierenderen Probleme der Energiewende. Sollte sich diese klare und vielstimmig wiederholte Empfehlung der unabhängigen Wissenschaft nicht durchsetzen lassen, so sind wenigstens die krassesten Auswüchse des Irrationalen zu lindern. Insofern wäre
 - 1.1. die Vergütung für nicht-produzierten Strom, die sog. „Härtefallregelung“ (§ 15 EEG) abzuschaffen;
 - 1.2. die Abnahmegarantie für EEG-Strom (§19 EEG) aufzuheben;
 - 1.3. der im Referenzertragsmodell verankerte Grundsatz „*je schlechter der Standort, desto höher die Subvention*“ (§36h EEG) ad acta zu legen;
 - 1.4. der auf 20 Jahre festgelegte Vergütungszeitraum drastisch zu reduzieren. Dieser ist in keiner anderen Branche bekannt, hemmt die technologische Entwicklung und bedingt die von Ihnen richtigerweise benannten „langfristigen negativen Auswirkungen staatlicher Planung“;
2. die unzeitgemäße und ungerechtfertigte baurechtliche Privilegierung der Windkraft (§ 35 BauGB) aufzuheben bzw. eine zeitlich unbefristete Länderöffnungsklausel (wie sie in der letzten Legislaturperiode leider nur von Bayern genutzt werden konnte) einzuführen;
3. die im Interesse der Windkraftindustrie auf den Weg gebrachte Aufweichung des Bundesnaturschutzgesetzes (artenschutzrechtliches Tötungsverbot, § 44 (1) BNatschG) zu stoppen.
4. den unter den Stichworten „*Sektorkopplung*“ und „*alternative Finanzierung der Energiewende*“ lancierten rot-rot-grünen Versuchsballons eine klare Absage zu erteilen: Beide zielen darauf, einen technischen Irrweg fortzusetzen und offensichtliche Symptome des Scheiterns zu vernebeln.

Das für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt enorm wichtige Thema Energiepolitik darf im Wahlkampf weder ein Nischendasein fristen noch extremen Gruppierungen überlassen werden. Wenn es der CDU gelingt, sich auf o.g. Punkte zu verständigen, könnte energiepolitische Vernunft wieder Geltung finden. Die CDU könnte vielen im Widerstand gegen den Windkraftwahn engagierten, in der Mitte der Gesellschaft verorteten, Menschen ihre angestammte politische Heimat zurückgeben.

Für Ihre Fragen oder auch ausführliche (ggf. vertrauliche) Hintergrundgespräche stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Die Debatte in der CDU und die Programmfindung werden wir intensiv beobachten und die Ergebnisse kommunizieren. Auf einem vernunftorientierten Kurs wünschen wir Ihnen vollen Erfolg!

Mit freundlichem Gruß



Dr. Nikolai Ziegler
1. Vorsitzender und Fachbereichsleiter Volkswirtschaft



Dr.-Ing. Detlef Ahlborn
2. Vorsitzender und Fachbereichsleiter Technologie